

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mt.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Vierthausen)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 10.

Berlin, Mittwoch, 3. Februar 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Schwarze Listen. — Der Arbeitsmarkt im Jahre 1908.  
— „Gelbe“ in Württemberg. — Allgemeine Rundschau. —  
Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. —  
Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### Schwarze Listen.

Wer in den letzten Wochen die Parlamentsverhandlungen verfolgt hat, der muß den Eindruck gewinnen, daß der Arbeiterfrage im allgemeinen und der Sozialpolitik im besonderen namentlich im Reichstage ein weiterer Spielraum eingeräumt wird als in den Parlamenten anderer Länder. Was sind nicht alles für schöne Reden gehalten worden! Die politischen Parteien suchen sich einander an Arbeiterfreundlichkeit den Rang abzulaufen, und wenn man die leitenden Staatsmänner hört, so ist ihr ganzes Streben darauf gerichtet, den Arbeitern den Himmel auf Erden zu schaffen. Leider entsprechen den schönen Reden nicht die Taten. Zieht man nämlich das positive Ergebnis aus den Verhandlungen heraus, so ist daselbe überaus dürftig.

Vor einiger Zeit beschäftigten wir uns an dieser Stelle mit einem sozialdemokratischen Antrag, der die Ausnahmebestimmungen für die ausländischen Arbeiter beseitigen, ihnen das Koalitionsrecht verleihen und einen wirksameren Schutz gewährleisten will. Die Debatte über diesen Antrag war seinerzeit verlagert worden und wurde am letzten Donnerstag fortgesetzt. Wesentlich neue Momente wurden dabei nicht zutage gefördert. Bemerkenswert war nur eine Rede, die der freisinnige Abg. Fegter, ein ostpreussischer Landwirt, hielt, der den Agrariern auf Grund seiner praktischen Erfahrungen manche bittere Bille zu schlucken gab, der mit Entschiedenheit für die Verleihung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter eintrat und den organisierten Arbeitern entschieden den Vorzug vor den unorganisierten Arbeitern gab. Wenn das Verhältnis zwischen Landarbeitern und Gutbesitzern vielfach nicht das beste sei, so trage daran in erster Linie die verheerende Tätigkeit des Bundes der Landwirte die Schuld. Schließlich wurde die Debatte abermals auf 14 Tage verlagert. Dann soll auf Antrag der Agrarier namentlich über den Antrag abgestimmt werden. Wir sind wirklich gespannt, was dabei herauskommen wird.

Am Freitag stand dann eine Interpellation des Zentrums auf der Tagesordnung, welche die schwarzen Listen vom Gegenstand hat und den Reichskanzler um Verantwortung der Frage ersucht, was er gegen solche, die Freiheit des Arbeitsvertrages oder die gesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit hindernenden Maßnahmen zu tun gedenke. Der Abg. Giesberts, der die Interpellation begründete, wies darauf hin, daß auf die schwarzen Listen nicht allein solche Arbeiter gesetzt werden, die einen Kontraktbruch sich haben zuschulden kommen lassen, sondern auch solche, die sich irgendwie mißlieblich über die Betriebsleitung geäußert haben. Selbst die Zugehörigkeit zur Organisation hat man vielfach zum Anlaß genommen, Arbeiter auf die schwarze Liste zu setzen. Ein reichhaltiges Beweismaterial unterstützte diese Behauptungen. Den Kontraktbruch als solchen billigt Giesberts nicht; mit Recht aber wies er darauf hin, daß dieser Kontraktbruch der Arbeiter häufig veranlaßt würde durch die Arbeitgeber selbst, welche die den Arbeitern gemachten Versprechungen oft nicht halten,

ihnen jedes Mitbestimmungsrecht am Arbeitsvertrage verweigern und ihnen die Kündigung nur an einem bestimmten Tage gestatten. Die Rede klang aus in die Forderung, daß der § 153 der Gewerbeordnung einer Aenderung unterworfen werden müßte.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg beantwortete die Interpellation. Man merkte es ihm an, wie peinlich die Situation selbst diesem gewandten Redner war. Er wollte weder die Unternehmer noch die Arbeiter verlesen, gab bald dieser Seite, bald jener Seite recht und erreichte dadurch nur, daß er nach keiner Richtung hin befriedigte. Von einem gesetzlichen Vorgehen will der Staatssekretär nichts wissen. Er hält den § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches und die möglichst breite Anwendung des Begriffs der guten Sitten für völlig ausreichend, um ungeredeten Schädigungen entgegenzutreten. Die schwarzen Listen selbst verurteilt Herr v. Bethmann-Hollweg, wenigstens in der Form, wie sie angewandt werden. Daß man den Namen der Arbeiter einfach auf die Liste setzt, ohne daß die Arbeiter selbst etwas davon wissen und Gelegenheit haben, sich von dem Vorwurf zu rechtfertigen, den man ihnen macht, das billigt der Staatssekretär nicht. Er wünscht, daß die schwarzen Listen wenigstens veröffentlicht werden. Das war alles.

Seinen Standpunkt vertrat in wesentlichen die Redner der nationalliberalen und konservativen Parteien. Scharf dagegen aber wandte sich der sozialdemokratische Abg. Sachs, der an einer Reihe von Einzelfällen zeigte, wie brutal und rücksichtslos vielfach die Unternehmer bei der Aufstellung der schwarzen Listen vorgehen. Hier war ein Arbeiter auf die Liste gesetzt worden, weil er wegen Krankheit mehrere Schichten versäumen mußte und es sich nicht gefallen lassen wollte, daß man ihm dafür mehrere Strafschichten vom Lohne abzog. Dort hatte man einen Arbeiter auf die schwarze Liste gesetzt, weil er sich geweigert hatte, in einem Schacht zu arbeiten, in welchem das Wasser so stark rauchte, daß die Arbeiter sich nicht miteinander verständigen konnten. Eine andere schwarze Liste wies eine Gruppe von Arbeitern auf, denen man lediglich wegen ihrer Organisationszugehörigkeit die Beschäftigung verweigert. Einem Arbeiter machte man zum Vorwurf, daß er Mißstände im Bergwerk getadelt, und einem anderen, daß er Handzettel verteilt hatte. Die Ausführungen des Staatssekretärs befriedigten diesen Redner naturgemäß nicht. Er verlangte dringend gesetzgeberische Maßnahmen, damit der wirtschaftliche Kampf in anständiger Form geführt werde.

Nach diesem Redner kam nur noch ein Konservativer zum Wort, der das System der schwarzen Listen zu rechtfertigen suchte und die Schuld dafür der systematischen Verheerung der Bergarbeiter durch die Sozialdemokratie zuschob. Es wäre interessant gewesen zu erfahren, wie sich die anderen Parteien zu dieser Frage stellen. Leider war das nicht möglich. Die Debatte wurde verlagert; sie sollte am Sonnabend fortgesetzt werden, aber das Haus war an diesem Tage nicht beschlußfähig, so daß die Sitzung vorzeitig geschlossen wurde. Damit ist die Fortsetzung der Diskussion auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Ja man darf wohl sagen, daß die Sache damit vorläufig ihre Erledigung gefunden hat. Ein positives Resultat ist nicht erzielt worden, und wenn wir am Eingang unserer Ausführungen den Gedanken

zum Ausdruck brachten, daß die positiven Leistungen des Reichstags in einem argen Mißverhältnis stehen zu den schönen Reden, die im Reichstage gehalten werden, so hat diese Behauptung gerade durch die Behandlung dieser Interpellation über die schwarzen Listen eine neue Stütze gefunden.

### Der Arbeitsmarkt im Jahre 1908.

Der Arbeitsmarkt wies im Jahre 1908 eine erheblich ungünstigere Gestaltung auf als im Vorjahre. Dies geht zunächst deutlich aus den allmonatlich im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Zahlen und Angaben der Arbeitsnachweise hervor. Auf daselbe Ergebnis deuten die gleichfalls allmonatlich hier veröffentlichten Nachweisungen der Krankenkassen über die Zahl der versicherten Mitglieder hin. Endlich weisen auch die von den Arbeiterorganisationen veröffentlichten Angaben über die Arbeitslosigkeit durchweg höhere Arbeitslosenziffern auf als in den beiden Vorjahren.

Für eine ins Einzelne gehende Betrachtung bieten jedoch die drei erwähnten Statistiken nicht genügende Grundlagen. Es sind daher in einer Zusammenstellung des „Reichsarbeitsblatt“ zur Kennzeichnung des Arbeitsmarktes in einzelnen Industrien während des Jahres 1908 die Situationsberichte benützt worden, welche von maßgebenden Firmen eingeleitet sind. Die Berichte der Krankenkassen, insbesondere der Betriebskrankenkassen, sowie die Arbeitslosenziffern der Berufsvereine sind dabei zur Ergänzung herangezogen worden. Das Ergebnis, das sich dabei herausstellte, ist folgendes:

Von den Großindustrien wies der Kohlenbergbau erst im letzten Teile des Jahres eine merkliche Abschwächung auf. So wird für den Ruhrkohlenbergbau erst vom Monate September ab eine merkliche Abschwächung berichtet. Die oberirdischen Gruben waren hingegen bis Ende des Jahres gut beschäftigt. Diese Tatsachen hatten auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes den Einfluß, daß im Ruhrgebiete der Arbeitermangel, der in der ersten Hälfte des Jahres noch teilweise zu verzeichnen war, später aufhörte, jedoch kein Ueberangebot an Arbeitern an seine Stelle trat. In Oberschlesien herrschte hingegen bis zum Schlusse des Jahres Arbeitermangel.

Der Geschäftsgang in der Eisenindustrie war hingegen erheblich ungünstiger. So stockte insbesondere in der Roheisenerzeugung der Verkauf andauernd, die Vorräte wurden immer größer. Ueber die tatsächlich erzeugte Menge Roheisen seien, da die amtlichen Zahlen noch nicht vorliegen, nach den Erhebungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller folgende Angaben mitgeteilt: In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1908 wurden 11 813 311 Tonnen Roheisen erzeugt gegenüber 13 045 760 Tonnen in der gleichen Zeit des Jahres 1907. Im Zusammenhange mit dieser ungünstigen Wirtschaftslage trat besonders in der Roheisenindustrie Nordwestdeutschlands ein Ueberangebot an Arbeitskräften in die Erscheinung. Nicht ganz so unbefriedigend aber doch erheblich ungünstiger als im Vorjahre, war die Lage in den Stahl- und Walzwerken. So betrug der Bestand des Stahlwerkverbandes an einer bestimmten Art von Produkten vom 1. Januar bis 30. November 1908: 4 405 901 t gegenüber 5 224 594 t in derselben Zeit des Vorjahres. Der in dem Vorjahre in den Stahl- und Walzwerken herrschende andauernde Arbeitermangel verstand im Laufe des Jahres völlig.

Der Geschäftsgang in den Eisengießereien war besonders in der ersten Hälfte des

Jahres in Süddeutschland besser als in Norddeutschland, gegen Ende des Jahres aber auch hier unbefriedigend. Fast allgemein boten sich daher Arbeitskräfte im Ueberfluß an.

Der Maschinenbau war bis in die letzten Monate des Jahres noch ziemlich gut, wenn auch nicht in demselben Umfang, wie im Vorjahre beschäftigt. Dasselbe gilt in noch höherem Grade für den Lokomotivbau und den Eisenbahnwagenbau. Jedoch boten sich auch in diesen Industriezweigen besonders gegen Ende des Jahres mehr Arbeitskräfte als nötig an. Auch die Arbeitslosenziffern sind für die einzelnen Monate des Jahres 1908 durchweg erheblich höher als im Jahre 1907.

Die elektrische Industrie wies in ihrem Geschäftsgange während des Jahres 1908 nach den an das Amt eingesandten Berichten wenig Änderungen auf; die Lage war im wesentlichen zufriedenstellend. Darauf deuten auch die Nachweisungen der hierher gehörenden Betriebskronenfällen hin; die Mitgliederziffern der 14 Klassen mit durchschnittlich über 36 000 Mitgliedern verhielten sich nur unbedeutend von Monat zu Monat, auf keinen Fall war ein ausgeprägter Rückgang zu bemerken. Hingegen waren die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in der elektrischen Industrie besonders in den Großstädten sehr ungünstig; hier herrschte fast das ganze Jahr hindurch ein großes Ueberangebot von Arbeitskräften, das allerdings teilweise durch die geringe Arbeitsgelegenheit in anderen großstädtischen Industriezweigen hervorgerufen sein mag.

Die verschiedenen Zweige in der Textilindustrie waren besonders in der zweiten Hälfte des Jahres unbefriedigend beschäftigt. In der ersten Hälfte lagen noch zahlreiche Abchlüsse mit den Kunden vor, die den Geschäftsgang aufrecht erhielten. Besonders an männlichen, aber auch an weiblichen Arbeitskräften war daher im zweiten Halbjahre fast in allen Bezirken ein großer Ueberfluß vorhanden; die tatsächlich Beschäftigten arbeiteten beinahe durchweg nicht mit voller Arbeitszeit.

Die chemische Industrie hatte in der ersten Hälfte des Jahres noch ziemlich gut zu tun; dann zeigte sich besonders im letzten Vierteljahr auch hier ein Rückschlag. Das Arbeiterangebot war vor allem wiederum in den Großstädten bei weitem höher als die Nachfrage.

Recht ungünstig war während des ganzen Jahres die Lage im Baugewerbe; auch zur eigentlichen Bauzeit wurde die Arbeit erheblich eingeschränkt. Der schlechte Geschäftsgang war von sehr ungünstigem Einfluß auf den Arbeitsmarkt, fast das ganze Jahr hindurch boten sich Bauarbeiter im Ueberfluß an.

Wenig befriedigend waren ferner die Verhältnisse in einigen anderen Saisonindustrien, so vor allem in den Bekleidungsgeräten. Die ungünstige Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt trat auch hier namentlich in den Großstädten in die Erscheinung.

So brachte also das Jahr 1908 für die großen Industrien Deutschlands einen teilweise recht erheblichen Rückgang; bemerkenswert und auch von Bedeutung für die Gestaltung des Arbeitsmarktes ist aber, wie im besonderen zahlenmäßig aus den Angaben der Betriebskronenfällen hervorgeht, daß dieser Rückgang nicht bloßlich, sondern ganz allmählich erfolgte und offenbar auch nicht einen solchen Umfang wie in früheren Niedergangsperioden annahm.

### „Gelbe“ in Württemberg.

Wie ein böses Unkraut suchen die gelben Sumpfpflanzen immer weiteren Boden zu erobern. Jetzt machen durch die Presse einige Zirkulare die Kunde, die darauf hindeuten, daß man damit beschäftigt ist, auch in Württemberg, das von der Gelbsucht bisher noch frei war, solche gelben Gewerkschaften zu gründen. Die treibende Kraft ist der Verband der Metallindustriellen in Württemberg, der an seine Mitglieder zunächst ein vertrauliches Rundschreiben erlassen hat zwecks Gründung eines „Unterstützungsvereins“. Die Herren Metallindustriellen sollen zunächst einmal unter ihren Arbeitern und Arbeiterinnen Umfrage halten, wie sie sich zum Beitritt in einen solchen Verein stellen. Vorbedingung müßte sein, daß die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen „weber einer mit einer Krankenheilst- oder Unterstützungskasse versehenen Arbeiterorganisation, noch einer sozialdemokratischen Arbeiterorganisation angehören, mag letztere eine solche Kasse besitzen oder nicht“.

Die „Vorteile“, welche den Arbeitern durch die Zugehörigkeit erwachsen, bestehen darin, daß sie bei notwendig werdenden Betriebs Einschränkungen und Arbeiterentlassungen erst nach dem Ausschleiß

den sämtlicher übriger Arbeiter entlassen werden. Auch soll, wenn ihre Entlassung notwendig wird, Umfrage gehalten werden, ob sie nicht anderswo Beschäftigung erhalten können. Im Falle einer Aussperrung sollen die Mitglieder des Unterstützungsbereichs davon verschont bleiben, aber nur dann, wenn mit ihnen der Betrieb fortgeführt werden kann. Im anderen Falle fliegen auch sie auf die Strafe.

Es besteht kein Zweifel, daß es sich hier um eine „gelbe“ Gründung handelt. Wir müssen aber gestehen, daß die württembergischen Metallindustriellen recht kräftig sind. Denn das Linjengericht, das sie den Arbeitern für den Verzicht auf das Koalitionsrecht bieten, ist wirklich ein recht mageres. Da haben es sich andere Unternehmer denn doch etwas mehr kosten lassen. Offenbar verpricht man sich denn auch nicht allzu viel von der neuen Gründung und beabsichtigt deswegen nebenbei noch eine „Auskunftsstelle“ für unbotmäßige Arbeiter ins Leben zu rufen. Der Plan hierfür wird in einem anderen Rundschreiben klargestellt. Darin heißt es u. a.:

„Die Firma meldet der Stelle (Geschäftsstelle des Verbandes) wöchentlich auf besonderem, nach beiliegendem Muster auszufüllenden Formular alle entlassenen oder ausgetretenen Arbeiter unter möglichst genauer Angabe der Personalien, des letztgehobenen Stundenlohnes, sowie einer Note (gut, mittelmäßig, schlecht) für Berufseinstellung; außerdem sind solche Bemerkungen anzugeben, welche für spätere Arbeitgeber Interesse haben und für die Frage der Einstellung des Arbeiters von erheblichem Einfluß sind, zum Beispiel Trinker, Heber, Blausmacher und dergleichen...“

Da auf Grund dieser Listen von der Geschäftsstelle für jeden Arbeiter hergestellt und auf dem laufenden zu erhaltenden Personalakten bilden alsdann die Grundlage für die Anstufung der Arbeiter. Dies geschieht in der Weise, daß die Geschäftsstelle die von jeder Firma eingehenden Listen der meingehörten Arbeiter nach den Personalakten auf die Mithilfe der darin enthaltenen Angaben prüft, die Spalten rechts des stat. Striches ausfüllt und die Listen für die betreffenden Firmen zurücksendet. Diese hat alsdann darüber zu entscheiden, ob sie einen Arbeiter behalten oder wieder entlassen will. In allgemeineren werden Leute, welche unrichtige Angaben über ihre Personalien, insbesondere über ihren bisherigen Beschäftigungsort gemacht haben, wieder zu entlassen sein; jedenfalls müssen Arbeiter, die von der Geschäftsstelle als „gesperrt“ bezeichnet werden, weil sie aus einem gesperrten oder bestrittenen Betrieb kommen, so bald als möglich wieder entlassen werden.“

Jeder Zusatz würde die Wirkung dieses Rundschreibens nur abschwächen, deshalb überlassen wir die Kritik ruhig dem Urteil unserer Leser. Ein Glück ist es, daß diese finsternen Pläne durch einen günstigen Zufall so früh das Licht der Öffentlichkeit erblickt haben, daß die Arbeiterschaft noch rechtzeitig dazu Stellung nehmen kann. Unsere Verhandlungsgeossen in Württemberg mögen auf dem Posten sein und durch Aufklärung und Belehrung rechtzeitig dafür sorgen, daß den Gelben der Boden entzogen wird. Das beste Mittel ist eine rührige und unermüdliche Agitation für die Deutschen Gewerksvereine.

### Allgemeiner Rundschau.

Dienstag, den 2. Februar 1909.

Ein Allgemeiner Bergarbeiterkongress tagt seit Montag in Berlin. Vertreter sind der Alte Verband, der Gewerksverein der Bergarbeiter (G. V.) und die Polnische Berufsvereinigung. Die Christlichen haben, wie bereits gemeldet, die Beteiligung am Kongress abgelehnt. Veranlassung zu dieser Veranstaltung hat in letzter Linie das sächsische Grubenmitglied auf Zsche Radob“ gegeben. Die am Kongress beteiligten Organisationen wollen den Eindruck, den jenes sächsische Mitglied hervorgerufen hat, auszunutzen versuchen zur Erreichung derjenigen Forderungen, in denen nahezu alle Bergarbeiter übereinstimmen. Diese Forderungen sind die Einführung von Grubenkontrolluren, welche von den Bergarbeitern aus ihrer Mitte gewählt und vom Staate bezahlt werden. Das Referat über diesen Punkt hat F. Polorny vom Alten Verbands übernommen. Die Forderung eines Reichsberggesetzes mit besonderer Beachtung des Bergarbeitergesetzes und Regelung des Strafwesens, Einführung der achtstündigen Schichtzeit und der einheitlichen Reform des Knappschaftswesens, wird Kollege F. Schmidt-Dobner von unserm Gewerksverein vertreten. Das dritte Referat, das ein Verbot und Bestrafung der schwarzen Listenysteme und der dauernden Sperren fordert, ist A. Sosinski von der Polnischen Berufsvereinigung übertragen. Zu den einzelnen Referaten liegen ausführliche Resolutionen vor, die wir in der nächsten Nummer mit

einem kurzen Bericht über den Kongress veröffentlichen werden.

Als Vertreter ihrer Parteien sind Abgeordnete der beiden freisinnigen Fraktionen, der Sozialdemokratie und der Nationalliberalen anwesend.

Wir wünschen dem Kongress einen guten Verlauf und hoffen, daß die von ihm vertretenen, durchaus berechtigten Forderungen der Bergarbeiter recht bald verwirklicht werden.

Das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause an Arbeiterinnen und Jugendliche hat in der Form, wie es von der Reichstagskommission beschlossen worden ist, in der arbeiterfreundlichen Presse eine scharfe Kritik erfahren. Man hat mit Recht gesagt, daß die gewählte Fassung die Umgehung des Gesetzes überaus leicht macht. Die Aufsichtsbehörde habe gar nicht die Mittel zu kontrollieren, ob durch Dritte den Arbeiterinnen und Jugendlichen Arbeit mit nach Hause gegeben wird. Wie berechtigt diese Kritik war, zeigt ein Bericht, den der „Vogtländische Anzeiger“ in Plauen über eine Versammlung des Fabrikantenvereins der vogtländischen Spitzenindustrie bringt. Dasselbst hielt ein Gewerberichter M., der gleichzeitig Geschäftsführer des Fabrikantenvereins ist, einen Vortrag über das Verbot der Mitgabe von Hausarbeit und führte dabei u. a. folgendes aus:

„Was den praktischen Wert der Vorschriften anlangt, so liegen sich diese mit Leichtigkeit umgehen, indem die Arbeiterinnen sich Arbeit durch dritte Hände holen lassen und alles bliebe beim Alten.“

Wir glauben nicht, daß der Vortragende mit diesen Worten seine Zuhörer auffordern wollte, das Gesetz in der geschilderten Weise zu umgehen, — für einen Gewerberichter wäre das denn doch ein zu starkes Stück —; zu befürchten ist aber, daß diese Wirkung bei den zuhörenden Fabrikanten erzielt worden ist. Auch dieser Vortrag zeigt von neuem, daß, wenn man auf diesem Gebiete etwas Grundliches leisten will, man die Mitgabe von Arbeit nach Hause an Arbeiterinnen, die in der Fabrik tätig sind, überhaupt verbieten muß.

Ein starkes Stück. In verschiedenen Tageszeitungen lesen wir, daß der Magistrat von Spandau sich für den Bau einiger Brücken über die im Stadtwalde liegende Kuhlake dadurch billige Arbeitskräfte zu verschaffen bemüht habe, daß das Kommando des Spandauer Pionier-Bataillons sich erboten habe, den Bau der Brücken durch seine Mannschaften ausführen zu lassen, wenn die Stadt für jeden Soldaten pro Tag 50 Pfennig Erfrischungsgeld und 70 Mark für den Transport des Handwerkszeugs zahle. Die Stadtverordneten sollen ohne Debatte die Vorlage genehmigt haben; nicht einmal die sozialdemokratischen Stadtverordneten hätten dagegen gesprochen.

Die Mitteilung klingt so unangehörlich, daß wir zunächst noch an ihrer Richtigkeit zweifeln möchten. Verdiente ein solcher Vorfall schon in einer guten Geschäftszeit strenge Kritik, so kann kein Ausdruck dafür scharf genug sein in einer Periode wirtschaftlichen Niedergangs, in der Tausende von Arbeitern beschäftigungslos und hungrig auf der Straße liegen. Sollte sich die Nachricht bewahrheiten, so müßte, da sich in den städtischen Kollegien Spandaus dagegen kein Widerspruch erhoben hat, wenigstens mit dem preussischen Kriegsminister einmütig Fraktur geredet werden, der derartige Vorkommnisse unbedingt verhindern muß.

Arbeiterbewegung. Die Steinseher in Hamburg und Umgebung sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Sie beabsichtigen den laufenden Tarif zu kündigen und den Steinsehermeistern einen neuen zu unterbreiten, der höhere Löhne, eine Regelung der Arbeitszeit und des Ueberstundenwesens, gezielte sanitäre Verbesserungen, einen paritätischen Arbeitsnachweis und zur Beilegung von Streitigkeiten eine Schlichtungskommission fordert. — In München erstreben die Fleischergeosellen den Abschluß eines Tarifvertrages, der von einzelnen Firmen zustanden worden ist, von der Mehrzahl der Meister aber abgelehnt wird. Die Geosellen haben daher beschlossen, in den Streik zu treten. — Wegen Verweigerung von Ueberzahlungen mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit ist auf den Forderungen „Krone“ und „Felicitas“ bei Dortmund 25 Bergarbeiter entlassen worden. Die übrigen protestierten gegen dieses Vorgehen, morali weitere Kündigungen ersolaten. Die Situation ist eine sehr gespannte. — In Königsberg i. Pr. wollen die im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter mit Forderungen an die Arbeitgeber herantreten. — In Ludwigshafen wurden den Zimmerern wesentliche Lohnreduktionen zugemutet, die sie nicht gefallen lassen wollten. Darauf haben die Zimmermeister eine allgemeine Aussperrung vorgenommen.

Die am 1. Januar erfolgte allgemeine Ausperrung der Metallarbeiter in Kelsingfors (Schweden) ist von den Unternehmern für aufgehoben erklärt worden. Die Arbeit soll wieder begonnen werden, wenn sich genügend Arbeiter gefunden haben. — Zu Wien sind Tarifdifferenzen im Tapeziergewerbe ausgebrochen, die zu teilweisen Streiks führten. Die Unternehmern beabsichtigen, diese Streiks mit einer allgemeinen Ausperrung zu beantworten.

**Scharfmacherfragen.** Im Mai vorigen Jahres hat der bayerische Landtag einen Beschluß gefaßt, daß bei Vergebung von Arbeiten auf Staatsrechnung jene Unternehmer in erster Linie berücksichtigt werden müssen, die nachweisen, daß sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit ihren Arbeitern durch gegenseitig anerkannten Vertrag geregelt haben. Gegen diesen Beschluß richtet sich eine Eingabe, die der unruhig bekannte Verband bayerischer Metallindustrieller an die Ministerien gerichtet hat und in welcher gegen diese „zwangsweise Einführung der Tarifverträge“ Stellung genommen wird. Die Tarifverträge enthalten für eine ganze Reihe von Industrien so schwerwiegende Bedenken, daß die Regierung, wenn sie jenen Wünschen der Volkvertretung nachkommt, sich einer schweren Schädigung der heimischen Industrie schuldig machen würde.

Es ist ja leider eine bekannte Tatsache, daß in weiten Kreisen der Großindustrie eine starke Abneigung gegen den Abschluß von Tarifverträgen vorhanden ist. Diese Abneigung aber wird nicht hervorgerufen durch die Schädigung, welche die Industrie dadurch erleidet, — denn eine solche Schädigung gibt es in der Tat gar nicht —, sondern ist in Wirklichkeit darauf zurückzuführen, daß mit der Anerkennung der Tarifverträge die Unternehmer von ihrem Herrenstandpunkt etwas heruntersinken und die Organisationen der Arbeiter anerkennen müssen. Deswegen will man vom Tarif nichts wissen. Die Zeit wird kommen, wo man über derartige rüchständige Anschauungen nur noch lächeln wird. Was diesen speziellen Fall aber anbetrifft, so hoffen wir mit Bestimmtheit, daß die bayerischen Ministerien die Eingabe des Scharfmacherverbandes einfach ad acta legen werden.

**„Erholungsurlaub“ für königlich sächsische Bergarbeiter.** Auf dem fiskalischen Steinkohlenwerk in Zauderode ersuchte der Arbeiterausschuß um Gewährung eines Erholungsurlaubs unter Fortzahlung des Lohnes. Dieses Gesuch ist jetzt von der Werksdirektion genehmigt worden, allerdings in einer überaus fettamen Weise. Zunächst wird ein Anspruch auf Erholungsurlaub den Arbeitern nicht eingeräumt; derselbe wird abhängig gemacht davon, ob nach dem Ermeßen der Werksverwaltung wegen der Natur der zu leistenden Arbeit das Bedürfnis einer mehrtägigen Erholungszeit vorliegt. Auch nicht alle Arbeiter sollen den Erholungsurlaub erhalten, sondern nur diejenigen, die mindestens 35 Jahre alt, 10 Jahre auf staatlichen Berg- oder Hüttenwerken beschäftigt sind und sich auf geführte haben. Wer alle diese Voraussetzungen erfüllt, erhält dann einen Urlaub von sage und schreibe längstens drei Tagen. Aber nicht etwa zu der Zeit, wann er ihn wünscht, sondern wann die Werksleitung es bestimmt.

Da hat sich die königliche Bergwerksdirektion aber einmal gehörig angefreut. Bei einem Bergarbeiter soll erst noch das Bedürfnis eines Erholungsurlaubs geprüft werden, und wenn ein Bedürfnis vorliegt; dann sollen dem betreffenden Arbeiter im günstigsten Falle 3 Tage dazu gewährt werden. Es ist wirklich zum Lachen! Interessant ist auch die Bestimmung, daß der Urlaubswunschende sich gut geführt haben muß. Was wird man da nicht alles herauskramen um die Arbeiter als nicht würdig zu befinden. Es ist wirklich durchaus berechtigt, daß der neugewählte Arbeiterausschuß die Unterschrift zu dieser Urlaubsregelung verweigert hat. Ist sich denn aber eine sächsische Regierung nicht darüber klar, daß man mit derartigen Bestimmungen in der Arbeiterkraft vielmehr Unwillen und Enttäuschung hervorruft, als wenn man den Urlaub einfach verweigerte?

**Ein stärkeres Angebot von männlichen und weiblichen Dienstboten macht sich zurzeit, wie wir der „Soz. Praxis“ entnehmen, auf dem Arbeitsmarkte geltend.** Einerseits herrscht gegenwärtig Arbeitsmangel in der Industrie, so daß viele Kräfte, die früher dort gebraucht wurden, frei werden, andererseits muß in manchem Haushalt infolge der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung sparsamer gewirtschaftet werden, und man richtet sich mit weniger Dienstboten ein als früher. Im Oktober 1908 ging bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen die Zahl der weiblichen Arbeitenden,

die sich um häusliche Dienste bemühten, um nicht weniger als 21 Prozent über die vorjährige Zahl hinaus. Die Zahl der offenen Stellen hatte aber gegenüber dem Vorjahre abgenommen. Auch bei männlichen Dienstboten zeigte sich die nämliche Erscheinung. Für beide Gruppen zusammen ergab sich im Oktober ein Andrang von 127,9 Arbeitssuchenden gegen 103,8 im vorigen Jahre. Der Andrang war demnach um 24,1 größer als im Vorjahre. Im Oktober 1906 hatte er an den öffentlichen Arbeitsnachweisen nur 97,6 betragen; gegen damals ergab sich also eine Zunahme um 30,3. Bei den privaten Stellenermittlungen zeigen sich ähnliche Erscheinungen. Die weiblichen Dienstboten, die bisher immer noch die private Stellenermittlung bevorzugten, wenn sie Stellen suchten, drängen sich jetzt auch mehr, um den öffentlichen Arbeitsnachweisen, um Stellen zu erlangen. Hoffentlich bleibt diese gute Gewohnheit, die Benutzung der öffentlichen Arbeitsnachweisstellen beibehalten, auch wenn sich der Arbeitsmarkt wieder günstiger gestaltet hat.

**Die 382. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen** findet am Sonntag, 7. Februar, abend 7 Uhr, in der Singakademie statt. Es werden mitwirken: Frau Annie Spiegler-Dejerius (Rezitation), Fräulein Emma Jäiß (Gesang), Herr Arthur van Ewoud (Gesang), Fräulein Erna Schulz (Violine), Herr Professor Robert Rahn (Am Klavier).

**Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.**

**Ortsverband Brandenburg.** Erlebte wurden die Geschäfte des Ortsverbandes in 4 Generalsammlungen und 8 Ausschüssen. Aus außerordentlichen Referenten konnten wir in der Versammlung am 18. Januar den Kollegen Reichert-Blin begrüßen, der über „Die Gewerkschaft im Kampfe ums Recht“ sprach. Aus Anlaß der Arbeitslosigkeit hat der hiesige Ortsverband an den Magistrat einen Antrag auf Vornahme von Notstandsarbeiten gerichtet. Leider ist kein Erfolg eingegangen. Zur Unterstützung unserer und eines gleichen von den „freien“ Gewerkschaften gestellten Antrages wurde am 20. November eine Arbeitslosen-Vereinigung des Gewerkschaftsverbandes und dem Ortsverband vorgekommen, die 484 männliche und 8 weibliche Arbeitslose ergab. Am 27. Juni fand die Wahl zum Gewerbegericht statt. Da auf unseren Antrag bis heute kein Bescheid ergangen ist, so beteiligte sich der Ortsverband in Gemeinschaft mit den beiden professionellen Arbeitervereinen daran. Anlässlich der Wahl fanden 2 öffentliche Versammlungen statt, in denen die Kollegen Jordan und W. Schumacher-Berlin referierten. Mit dem Erfolg der Wahl konnten wir zufrieden sein: Auf unsere Liste wurden 2 Mitglieder, unser Ortsverbandsvorsitzende Kollege Brösche und ein Mitglied des evangelischen Arbeitervereins gewählt. Auf Grund der bei der Wahl vorgekommenen Unregelmäßigkeiten ist von uns eine Beschwerde an den Magistrat gerichtet worden, worauf uns für später Abschlüsse versprochen wurde. Im Herbst wurde hier von mehreren auf nationalem Boden stehenden Vereinen eine Vortragvereinigung zur Verbreitung von Volkbildung gegründet, der sich der Ortsverband angeschlossen. Im Dezember fand der erste Jahrsberichtsabend über den „Weitererwerb und seine Mittel“ statt, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Sache des Ortsverbandes wird es sein, auf dem eingeschlagenen Wege rüchlich weiter zu schreiten. Zur Pflege der Geselligkeit und des Zusammengehörigkeitsgefühls wurden mehrere Veranstaltungen veranstaltet. Aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Deutschen Gewerkschaften fand am 19. September ein Festkommers statt. Dem Besuch der Kollegen Kollegen hat uns am 19. Juli zu verzeichnen. Durch den Tod wurde uns ein Mitglied, unser Vereinswirt Ernst Bed, entzogen.

Hat der alte Vorstand keine Mühe und Arbeit gescheut, unsere gute Sache zu fördern, so wird es Pflicht des neuen sein, für den weiteren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. Möge er bei diesem Streben die Unterstützung aller Gewerkschafter finden!  
Otto Brösche, Vorsitzender.

**Ortsverband Hamburg-Altona.** Der Ortsverband erfüllte seine Pflichten in 12 Ausschüssen und Kommissionsaufstellungen, 2 Ortsverbanderversammlungen, einer öffentlichen Versammlung und einer Ortsverbandskonferenz. Der Besuch der Ortsverbandsvorleiter in den Ausschüssen wurde zufriedenstellend. In den beiden Ortsverbanderversammlungen wurden Vorträge gehalten vom Beisitzer Lange und vom Kollegen Käny-Magdeburg. Der Besuch in diesen Versammlungen hätte besser sein können. Die Ortsverbandskonferenz war von neun Städten besetzt. Von den eingeladenen Ortsverbänden fehlte nur Wismar. Vom geschäftsführenden Ausschuss war Kollege Levin erschienen. Die Stimmung der Referenten in dieser Versammlung war allgemein, daß des öfteren solche Konferenzen abgehalten werden müßten. Zu Ende des Jahres wurde die öffentliche Versammlung abgehalten, die Referat übernommen hatte. Der Besuch ließ leider viel zu wünschen übrig. Außerdem wurde noch ein Ortsverbandsvorgnügen zum 40jährigen Bestehen des Gewerkschaftsverbandes abgehalten. Auch hier war der Besuch mangelhaft.

Was den Ortsverband am Vorwärtskommen hinderte, war der Mangel an finanziellen Mitteln. Trotz sparsamer Haushaltsführung war es nicht möglich, in geregelte Bahnen zu kommen. Eine Unterstützung von Berlin blieb aus, trotzdem doch jeder einsehen muß, daß ein kleiner Beitrag

in einer großen Stadt wie Hamburg mehr Ausgaben hat als ein solcher in einer kleinen Stadt. Auch der Fortgang des Beisitzers Lange war für uns nicht von Vorteil. Hoffentlich kommt bald wieder ein Bamber hierher. Einen Mitgliederzuwachs aus anderen Branchen zu erhalten, wurde verfehlt bei den Maurern und Zimmerern, sowie bei den Klempnern, leider nur mit geringem Erfolge. Der Ortsverein der Klempner hat sich leider aufgelöst, bei den anderen Vereinen ist die Mitgliederzahl ziemlich dieselbe geblieben. Einen Erfolg haben wir infolge zu verzeichnen, als uns einige bürgerliche Zeitungen in letzter Zeit ein größeres Entgegenkommen zeigten und Berichte von uns aufnahmen, wodurch wir mehr in die Öffentlichkeit kommen. Auch wurde in diesem Jahre eine Reichsausschussstelle geteilt. Den zurückreisenden Kollegen wurde mehrmals freies Quartier gewährt. Zum Schluß möchte ich noch anführen, daß sich die Ortsvereine der Maschinenbauer von Hamburg-Altona zu einem Ganzen verschmolzen haben. Dieser Ortsverein hat sich wieder in 5 Distrikte eingeteilt, wodurch man die Agitation erfolgreicher treiben zu können glaubt.

Wenn wir alles zusammen, so haben wir hier in Hamburg im allgemeinen keinen Rückgang, aber auch keinen großen Fortschritt zu verzeichnen. Hoffen wir, daß es im kommenden Jahre besser wird.  
Otto Wöhler, Sekretär.

**Ortsverband Lauenburg i. Pom.**

Die Ortsverbandsgeschäfte wurden erledigt in 8 Ausschüssen, 1 kombinierten Ausschüssen und 5 Ortsverbanderversammlungen. Das Jahr legte gleich mit einer rührigen Tätigkeit ein. Der Ausschuss reichte am 12. Januar beim Magistrat eine Eingabe ein zwecks Errichtung eines Gewerbegerichts. Zur Unterstützung dieses Antrages wurde eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen, die von 500 Personen besucht war und in welcher Kollege Marschall über: „Die Notwendigkeit eines Gewerbegerichts“ referierte. Leider wurde trotzdem unser Antrag sowohl vom Magistrat wie von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. Am Anfang des Jahres gelang es auch, einen Ortsverein der Maler und Lackierer zu gründen, welcher sich gut entwickelte, aber infolge des zum Winter eintretenden großen Arbeitsmangels wieder zurückging. Hoffentlich kommt zum Frühjahr wieder eine günstige Zeit. Auch wurde eine Eingabe abgefaßt wegen Zulassung von Gewerkschaften zu Schöffn und Geschworenen, leider ohne Erfolg.

Unser Ortsverband müßte nach hiesigen Verhältnissen mehrere tausend Mitglieder zählen. Leider aber stehen die Arbeiter vollständig gleichgültig der Organisation gegenüber und sind trotz aller Aufforderungen nicht zum Eintritt zu bewegen. Hauptächlich sind es die Bauhandwerker, die überhaupt nichts davon wissen wollen, was der verkehrten agitativen Tätigkeit der „freien“ Gewerkschafter zu verdanken ist, deren Kaffierer die Masse von über 100 Mt. verjubilte. Doch wir nicht besser vorwärtszuschreiten, liegt aber auch an der Gleichgültigkeit eines großen Teils der Mitglieder selbst. Deshalb richten wir die Bitte an jeden einzelnen Ortsverbandsvorsitzenden, im neuen Jahre mit allen Kräften die Pflichten als Gewerkschafter zu erfüllen und damit beizutragen zur Weiterverbreitung unserer Ideen.  
J. A.: Karl Thimm, Ortsverbandsvorsitzender.

**Ortsverband Remele.**

Das zweite Jahr des Ortsverbandes Remele ist beendet, und wenn wir auch in unserem Abschluß nicht über glänzende positive Erfolge berichten können, so sind doch Zeichen vorhanden, daß die Kleinarbeit endlich Erfolge zeitigen wird. In den ersten drei Quartalen wurden verschobene Flugblätter in Schneidmühlen, Holzplätzen und Fabriken unter den Arbeitern und Arbeiterinnen verteilt. Im 4. Quartal legte eine regere Agitationsfähigkeit ein. Ihre Anregung fand diese durch eine Versammlung, in der Herr Dr. Rippner aus Rost,berg i. Pr. sprach. Aus dem Bericht des Remeleer „Dampfberg“ über dessen Vortrag erfahren wir, daß es auf Grund einer christlichen Gewerkschaft der hiesigen Holzarbeiter abgesehen war. Vom Ortsverbandsvorsitzenden wurde eine Entgegnung an das genannte Blatt gesandt und von demselben auch veröffentlicht. Darauf hielt der Ortsverein der Holzarbeiter 14 Tage später eine öffentliche Versammlung der Holzarbeiter ab, in der Kollege Marschall über: „Dampfberg“ über Ziele und Bestrebungen der Deutschen Gewerkschaften sprach. Von nun an blieben die Gewerkschaften mit den noch nicht organisierten Arbeitern der Holzindustrie in ständigem Verkehr, was sich dann bei den Vertreterwahlen zur Krankenkasse im Dezember von großem Nutzen erwies. Mit so vereinten Kräften wurde dann versucht, die Macht der sozialdemokratischen Hofnarbeiterorganisation innerhalb der allgemeinen Krankenkasse zu brechen. In der 1. Klasse waren 158 Vertreter und in der 2. Klasse 100 zu wählen. Wie die Auszählung ergeben hat, siegte in der 1. Klasse unsere Liste mit 280 Stimmen, während für die sozialdemokratische Liste 217 stimmten. Die 2. Klasse fiel den Gegnern zu mit 57 Stimmen, während wir auf unsere Liste nur 29 Stimmen vereinigten. Da die 1. Klasse ausfallgebend ist, fand wir mit dem Resultat für dieses Mal zufrieden und werden unser Möglichstes tun, um bei den Wahlen nach 3 Jahren zu zeigen, daß wir diese Zeit ausgenutzt haben, um den hiesigen Dundern Gewerkschaftsbestrebungen weitere Aufwärtsreise anzuführen.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden erledigt in 5 Sitzungen und 4 Versammlungen. 8 öffentliche Versammlungen fanden 5 statt, 2 veranstaltet vom Ortsverein der Holzarbeiter und 3 vom Ortsverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter. Am 28. Oktober wurde eine Eingabe an den Magistrat betreffs Vorbeugung bei der im Winter zu erwartenden Arbeitslosigkeit gerichtet. Wenn wir auch ohne jede Benachteiligung geblieben sind, so haben wir doch an verschiedenen Maßnahmen wahrnehmen können, daß unser Sinn in beachtet worden ist. Die Eingabe betreffs Heranziehung der Arbeiternehmer als Schöffn wurde auf einen späteren Termin vertagt.

Stanz Müller, Ortsverbandsvorsitzender.

